



Volksbund Hauptstadtbüro Lützowufer 1 D – 10785 Berlin

An die Delegierten
des außerordentlichen Bundesvertretertages des
Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
am 23. und 24. September 2016

Berlin, 16. September 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele von Ihnen haben in einem Brief die Einberufung des außerordentlichen Bundesvertretertages beantragt. Es hat mich befremdet, dass die meisten von Ihnen eine Briefvorlage unterschrieben haben, die Aussagen und Argumente enthält, die reine Behauptungen sind und einer näheren Prüfung nicht standhalten. In einem gesonderten Papier gehe ich auf die verschiedenen dort angesprochenen Aussagen und Behauptungen ein und nehme zu ihnen Stellung.

An dieser Stelle möchte ich einen Blick zurückwerfen auf die drei Jahre meiner Amtszeit als Präsident des Volksbundes. Im Oktober 2013 haben Sie mich auf Vorschlag meines Vorgängers Reinhard Führer mit einer überwältigenden Mehrheit von 71 von 73 Stimmen gewählt. Viele haben mir gegenüber damals zum Ausdruck gebracht, dass der Volksbund vor gewaltigen Reformen steht. Schon vor meinem Amtsantritt erhielt ich einen gefüllten Ordner mit den 2012 beschlossenen Empfehlungen der Hannemann-Kommission. Ich nahm an Sitzungen der Lenkungsgruppe teil und arbeitete mich ein. Schnell zeigte sich, dass zwar viel beschlossen, aber kaum etwas umgesetzt war. Dies nahm ich dann entschlossen in die Hand.

Wir entschieden, das Hauptstadtbüro auszubauen: zum einen mit der Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, zum anderen mit der Aufgabe, sich in den Diskurs der Hauptstadt zur nationalen und europäischen Erinnerungskultur einzubringen und für den Volksbund ein Profil als Akteur der Gedenk- und Erinnerungskultur zu entwickeln. Schon diese ersten Schritte führten zum Streit. Der damalige Schatzmeister Friedrich Keller etwa konnte sich mit dem Ausbau des dafür notwendigen Personals nicht abfinden und vertrat die Meinung, ich führe den Volksbund ins Verderben.

Dabei nahm ich nur die Beschlüsse des Bundesvertretertages 2012 ernst und begann, die dort beschlossene Aufwertung des Aufgabenbereiches von Gedenk-, Jugend- und Bildungsarbeit umzusetzen. Dem folgte dann 2015 die von der großen Mehrheit aller Fachleute im Volksbund als Konsequenz der Hannemann-Empfehlungen für notwendig befundene Einrichtung von Kompetenzcentern. Dem stimmte das Bundespräsidium im Juni 2015 nach strittiger Diskussion mit großer Mehrheit zu.

Im Frühsommer 2014 berief ich eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Leitbildes ein. Dies erschien mir wichtig, um neben der Vielzahl von Empfehlungen der Hannemann-Kommission einen kurzen Text zu erarbeiten, in welchem der Volksbund sich selbst auf die wichtigsten Aufgaben und Zielsetzungen verständigt, diese zur Richtschnur seiner Entscheidungen macht und für Gesellschaft und Öffentlichkeit ein neues, modernes Image gewinnt.

Der erarbeitete erste Entwurf wurde vom Vorstand im März 2015 zur Diskussion freigegeben. Die folgenden heftigen Diskussionen zur Bewertung des Zweiten Weltkrieges als Angriffs- und rassistisch motivierten Vernichtungskrieg haben mich überrascht, sind doch solche Formulierungen heute in Deutschland über alle Parteigrenzen hinweg Konsens. In Teilen des Volksbundes aber offensichtlich nicht. Erschreckend war für mich, mit welcher Emotionalität ich hier auch persönlich angegriffen wurde. Der Versuch einiger Gliederungen des Reservistenverbandes, vor diesem Hintergrund die Kooperation mit dem Volksbund aufzukündigen, beschreibt, wie tief dieser Konflikt geht – und offensichtlich noch nachwirkt. In intensiven Gesprächen und Foren konnte der Diskurs jedoch so weit vorangetrieben werden, dass Ihnen nun ein im Juni 2016 vom Präsidium verabschiedetes Leitbild zur Beschlussfassung vorliegt. Dies gilt es nun zu beschließen – und mit Leben zu erfüllen!

In den letzten Jahren waren wir dabei, ein neues, modernes Image zu gewinnen. Gerade die Jugend- und Bildungsarbeit hat – auch in Fachkreisen – große Anerkennung gefunden. Neue Partner und gesellschaftliche Gruppen konnten für die Zusammenarbeit gewonnen werden. Der Volksbund hat mehrere Preise erhalten, zuletzt im Juni 2016 den Deutschen Nationalpreis.

Leider wurde die notwendige Umsetzung konkreter Reformprojekte in den letzten Wochen und Monaten zunehmend blockiert. Dazu gehören insbesondere die vom Vorstand beschlossene und dringend notwendige Strukturverbesserung der Öffentlichkeitsarbeit sowie das Großprojekt zum Ausstellungswesen, das gemeinsam mit Wissenschaftlern erarbeitet wurde. Es sieht so aus, dass diese Blockaden weitergehen. Das bedaure ich sehr und ich halte es für die Zukunftsfähigkeit des Volksbundes für verheerend.

Im Oktober 2015 gründete sich auf meine Initiative hin die "Kontaktgruppe von Kriegsgräberdiensten in Europa". Sie wird sich in den nächsten Wochen in Brüssel wieder treffen und über die weiteren Aktivitäten beraten.

Ein deutlich erweiterter Wissenschaftlicher Beirat ist bereit, unsere Arbeit auch im alltäglichen Verlauf intensiv zu begleiten. Professionalität und wissenschaftliche Seriosität unserer Arbeit halte ich für die Zukunft für essentiell. Hier ist noch viel zu tun, um Anschluss zu bekommen an die Qualitätsmaßstäbe, die heute einfach gefordert sind.

Vieles wäre noch zu nennen, das in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurde. In meiner Denkschrift, die ich Ihnen beilege, finden Sie noch weitere Schritte und Maßnahmen des in meinen Augen dringend notwendigen Reformprozesses beschrieben. Dazu gehört auch, dass Arbeitsbereiche in Angriff genommen werden müssen, für die bisher die Kraft und das Geld fehlte. Ich denke dabei z.B. an die deutschen Kriegsgefangenen und die Internierten, die 1944/45 in die Sowjetunion verschleppt wurden.

Eine zentrale Frage ist natürlich die künftige Finanzierung unserer Arbeit. Schon früh habe ich die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass diese in Zukunft vor allem durch öffentliche Mittel sichergestellt werden muss. Natürlich gilt es, gleichzeitig alles dafür zu tun, um weiterhin um Spenden zu werben. Um aber verstärkt öffentliche Mittel zu erhalten, muss der Volksbund seine Reformen wahrnehmbar vorantreiben. Dafür muss auch Geld in die Hand genommen werden, um gewissermaßen in die Zukunft zu investieren. Nur so werden wir die Politik auf den verschiedenen

Ebenen überzeugen können. In den letzten beiden Jahren habe ich unzählige Gespräche auf Bundes- und Länderebene geführt – und vielfach ein offenes Ohr gefunden. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit künftiger öffentlicher Finanzierung ist deutlich gestiegen. Die Präsidenten der Landtage haben diese Forderung in einer gemeinsamen Erklärung im Juni 2016 deutlich zum Ausdruck gebracht. In Gesprächen mit den Bundestagsfraktionen der Großen Koalition war vereinbart, in diesem Herbst eine Bundestagsresolution zum Volksbund zu verabschieden. Ob diese nun noch zustande kommt, ist fraglich.

Mitten in diesem wichtigen Dialog – und Transformationsprozess gibt es nun die Initiative, mich abzuwählen. Ich halte dies nicht nur für nicht gerechtfertigt – dazu äußere ich mich in der beiliegenden Stellungnahme, sondern für katastrophal für den Volksbund in einer für seine Zukunft entscheidenden Phase. Die Initiatoren tragen dafür die Verantwortung. Sie werden als oberstes Gremium des Volksbundes gemeinsam darum ringen müssen, was Sie in Zukunft wirklich wollen.

Ich habe den vor meiner Zeit begonnenen Reformprozess entschlossen aufgenommen und weiterentwickelt. Er wird durch diese Aktion schweren Schaden nehmen.

Retten Sie, was zu retten ist!

Die Aufgaben, für die der Volksbund steht, lohnen jede Anstrengung.

Ich habe diese mit allen meinen Kräften auf mich genommen und bin überzeugt, dass die Erfolge der letzten drei Jahre sich sehen lassen können.

Jetzt sind Sie aufgefordert zu entscheiden, wofür der Volksbund künftig stehen soll.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Meckel